

Renten, EU-Austritt, keine Zuwanderung – Das bedeutet das AfD-Programm für die Wirtschaft



Von **Daniel Zwick**
Wirtschaftsredakteur

Stand: 28.11.2025 | Lesedauer: 5 Minuten



Alice Weidel, Co-Chefin der AfD

Quelle: picture alliance/dpa/Kay Nietfeld

Der Verband „Die Familienunternehmer“ hat mit seiner Öffnung für AfD-Abgeordnete eine Diskussion ausgelöst. Viele Unternehmer distanzieren sich, auch mit dem Hinweis auf die schädliche Wirtschaftspolitik der Partei. Wie diese aussieht, hat AfD-Chefin Weidel im Bundestag gezeigt.

Die Entscheidung des Verbandes „Die Familienunternehmer“, künftig auch Vertreter der AfD (<https://www.welt.de/themen/alternative-fuer-deutschland/>) zu Veranstaltungen einzuladen, hat in der Wirtschaft wenig Zustimmung gefunden. Fast alle anderen Wirtschaftsverbände bleiben bei ihrer ablehnenden Haltung, mehrere Unternehmen, darunter Rossmann, Fritz-Kola und Vorwerk, erklärten ihren Austritt bei den Familienunternehmern. Diese Distanzierung wird nicht nur mit den rechtsextremen Teilen der Partei begründet, sondern auch mit wirtschaftspolitischen Positionen (<https://www.welt.de/wirtschaft/plus692470e90f2eab28e9fc363a/umgang-mit-der-afd-vorbild-familienunternehmer-so-positioniert-sich-die-deutsche-wirtschaft-in-der-afd-frage.html>).

Wo die AfD in der Wirtschaftspolitik steht, machte Co-Parteichefin [Alice Weidel](https://www.welt.de/themen/alice-weidel/) (<https://www.welt.de/themen/alice-weidel/>) gerade im [Bundestag](https://www.welt.de/themen/bundestag/) (<https://www.welt.de/themen/bundestag/>) deutlich. In der Generaldebatte stellte sie in einer Rede ihren „Deutschland Plan“ vor, direkt bevor Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) ans Rednerpult trat. Merz lehnte den Plan umgehend ab – obwohl Weidel behauptet hatte, es gäbe für die Positionen im Parlament eine Mehrheit.

Im Detail reichen die zwölf Punkte vom Wiedereinstieg in die Atomenergie über den Kauf von Erdgas und Öl aus [Russland](https://www.welt.de/themen/russland-politik/) (<https://www.welt.de/themen/russland-politik/>) bis zur Entlastung der Rentenversicherung von versicherungsfremden Leistungen. Die Forderungen decken sich mit dem Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl – auch wenn Weidel weitere umstrittene Punkte wie den Ausstieg aus dem Eurosystem und die Wiedereinführung der D-Mark nicht in ihre Prioritätenliste aufgenommen hat.

Solche Forderungen hatten der Partei viel Kritik von Ökonomen eingehandelt. Sie hatten unter anderem auf die verheerenden Folgen des Brexits für Großbritannien hingewiesen und auf die großen Lücken im Staatshaushalt, die durch die Pläne der AfD entstehen würden.

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW Köln) hatte vor der Bundestagswahl mögliche Kosten eines deutschen EU-Austritts berechnet: „Nach nur fünf Jahren würden die Kosten 5,6 Prozent des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) – umgerechnet 690 Milliarden Euro – betragen; 2,5 Millionen Arbeitsplätze würden wegfallen“, heißt es in dem Gutachten. Kein anderes Thema im Parteiprogramm werde von Unternehmen so kritisch gesehen wie die europapolitischen Vorschläge.

Mehr Zustimmung könnte es für die Steuerpläne geben, die den Staatshaushalt allerdings laut IW um 180 Milliarden Euro verkleinern würden. Tatsächlich will die Partei das Steuersystem radikal vereinfachen und einen einheitlichen Steuersatz von höchstens 25 Prozent für Privatleute und Unternehmen einführen. Subventionen wie die Pendlerpauschale oder das Ehegattensplitting würden wegfallen, stattdessen gäbe es einen Erwerbsaufwendungsbetrag für Arbeitnehmer von 2000 Euro und ein Familiensplitting für Familien mit Kindern. Vermögende würden von der Streichung der Erbschaftsteuer profitieren.

Unrealistisches Rentenniveau von 70 Prozent gefordert

Mit den Steuerplänen (<https://www.welt.de/themen/steuer/>) dürften in den Reihen der Union tatsächlich einige Abgeordnete einverstanden sein. Sie sind nämlich eine Kopie des Steuerkonzepts von Paul Kirchhof, mit dem Angela Merkel und die CDU im Jahr 2005 in den Wahlkampf gezogen waren. Merkel verspielte damals fast noch ihren Umfragevorsprung gegen Gerhard Schröder (SPD). Der hatte das Konzept des „Professors aus Heidelberg“ als unsozial abgestempelt.

Nun hat die AfD den Kirchhof-Plan im Juni als Antrag in den Bundestag eingebracht – ohne mit dem ehemaligen Verfassungsrichter zu sprechen. „Gute Ideen werden nicht schlecht, weil sie von einer ungeliebten Partei vorgetragen werden“, sagte Kirchhof dazu im WELT-Interview (<https://www.welt.de/wirtschaft/plus6909bc460580923d09986913/gute-ideen-werden-nicht-schlecht-weil-sie-von-einer-ungeliebten-partei-vorgetragen-werden.html>) .

Andere Ideen aus dem Programm stehen auf einem weniger soliden wissenschaftlichen Fundament. So sollen versicherungsfremde Leistungen wie die Mütterrente nicht mehr aus der Rentenkasse finanziert werden, sondern aus Steuermitteln – oder abgeschafft werden. Volle Sozialleistungen soll nach Ansicht der AfD nur noch erhalten, wer einen Beitrag zu den sozialen Sicherungssystemen leistet.

Im Wahlprogramm hatte die AfD außerdem ein Rentenniveau von 70 Prozent des letzten Nettoeinkommens gefordert. Das erscheint angesichts der aktuellen Debatte um eine nicht mehr finanzierbare Haltelinie bei 48 Prozent als kaum realistisch. Weidel ließ dieses Detail im Bundestag denn auch weg.

Klimaschutzmaßnahmen will die AfD sofort beenden, das machte Weidel deutlich. Dazu zählen alle Subventionen für Wind- und Solaranlagen, das Verbrennerverbot und die CO₂-Bepreisung. Die Partei hält den menschengemachten Klimawandel für eine Erfindung. Das Heizungsgesetz werde man sofort abschaffen, versprach Weidel. Dieser Satz steht auch im Koalitionsvertrag von Union und SPD – mit der Pointe, dass es ein Gesetz mit diesen Namen gar nicht gibt.

Um auch die Ausgaben des Staates zu senken, verlangt Weidel in ihren zwölf Punkten unter anderem, der Staat müsse sich „auf seine Kernaufgaben beschränken: innere und äußere Sicherheit, Aufrechterhaltung von Rechtsstaatlichkeit und öffentlicher Ordnung.“ Sie sprach davon, den Förderdschungel zu lichten und kein Steuergeld mehr in alle Welt zu verschenken – womit ein Ende der Entwicklungshilfe gemeint sein dürfte.

Die Maßnahmen der Bundesregierung im Bereich Migration gehen der AfD nicht weit genug. Weidel forderte eine „Politik der geschlossenen Tür“ und „rigorose Abschiebung“. Einbürgerungen solle es erst nach zehn Jahren „voll im Berufsleben“ geben.

Die Ablehnung solcher Positionen in der Wirtschaft ist nach wie vor groß. Viele Unternehmen sind stark angewiesen auf Arbeitskräfte aus dem Ausland. So steht es auch in einem Papier des Verbandes „Die Familienunternehmer“ aus dem vergangenen Jahr zum politischen Programm der AfD: „Die AfD will die EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit begrenzen und steht qualifizierter Einwanderung aus Drittstaaten tendenziell ablehnend gegenüber. Viele ihrer Forderungen entzögen dem Arbeitsmarkt aber auch inländische Arbeitskräfte“, heißt es da. Außerdem negiere die Partei das Problem des Fachkräftemangels. Auch das helfe den Unternehmen nicht bei der Fachkräftegewinnung.

Dieser Artikel wurde für das Wirtschaftskompetenzcenter von WELT und „Business Insider Deutschland“ (<https://www.businessinsider.de/>) erstellt.

Daniel Zwick (<https://www.welt.de/autor/daniel-zwick/>) ist Wirtschaftsredakteur in Berlin und berichtet für WELT über Wirtschafts- und Energiepolitik, Digitalisierung und Staatsmodernisierung.